

Bankrotterklärung: Schulbetrieb wegen Lehrermangel **nur vorerst** gesichert

Zu Beginn der letzten Schuljahre hieß es bei den Pressegesprächen mit dem Staatlichen Schulamt Backnang immer: „Der Pflichtunterricht kann erteilt werden“. Und jetzt zum Schuljahresbeginn 2017/18 die Bankrotterklärung: „Schulbetrieb nur vorerst gesichert“ so in den Schorndorfer Nachrichten vom 13. September 2017. Vorerst gesichert, was dann?

Frau Hagenmüller-Gehring als Schulamtsleiterin hat damit dankenswerterweise klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Schulen im Rems-Murr Kreis keine Reserven haben und die Personallage total angespannt ist. Neue Lehrer wurden zwar eingestellt, manche nur befristet, eine Unverschämtheit, so mit jungen Lehrerinnen und Lehrern umzugehen, die damit keine Perspektive haben, in Zeiten des Lehrermangels aber dringend gebraucht werden.

Dazu kommen noch pensionierte Kolleginnen und Kollegen, die in der Not einspringen, damit aber den Lehrermangel verdecken. Es gibt wohl keine Bewerber mehr. Gründe dafür sind wie immer wieder ausgeführt die schlechte Bezahlung z.B. der Grundschullehrer, die befristeten Einstellungen und die Tatsache, dass ausgebildete Lehrer in andere Bundesländer und die Schweiz abwandern.

So sieht also demnach der Schulalltag 2017/18 aus: Unterricht wird ausfallen, weil keine Vertretungen da sind, wenn LehrerInnen krank werden, wenn Lehrerinnen in Mutterschutz, LehrerInnen in Elternzeit gehen, wenn Fortbildungen gemacht werden, wenn außerschulische Veranstaltungen durchgeführt werden usw. Die Schulen müssen das intern klären, was Mehrarbeit, weitere Belastungen und Problemsituationen hervorrufen wird.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisiert schon seit Jahren mit den verschiedensten Aktionen diese völlig unzureichende Unterrichtsversorgung. Wo bleibt aber der Protest der vom Unterrichtsausfall der Kinder direkt Betroffenen, wo bleiben die Eltern? Sie sollten wissen, dass nicht die Schulleitungen oder das Schulamt für Lehrermangel verantwortlich sind, sondern die Landesregierung von Baden-Württemberg. Hier sollte man ansetzen und zwar bald!

Gerhard Großpietsch GEW Schorndorf, Rudersberg